

SkB Smielick verwies auf den Antrag von CDU und Grünen, nach deren Wunsch das Geld zurück gehalten werden solle, um die Gebühren weiterhin stabil zu halten. Nach der Vorlage würden die Papier- und die Wertstofftonne mit 5,76 Euro berechnet, der Grundpreis in genau dieser Höhe reduziert. Hierdurch blieben die Gebühren stabil. Aber den Bürgern sei jahrelang aufgrund der allen bekannten Vorkommnisse zu viel abgenommen worden. Nun befänden sich noch ca. 8 Millionen im Topf, so dass er sich frage, weshalb Preise für die Papier- und die Wertstofftonne eingeführt werden müssten. Der Kreis Altenkirchen stelle die 120-Liter-Restmülltonne für 59,92 Euro zur Verfügung, die Papier- und die Wertstoffentsorgung sei kostenlos. Im RSK hingegen koste eine 120-Liter-Restmülltonne 64,80 Euro; und auch der Biomüll sei teurer. Insgesamt bezahle ein Haushalt in Altenkirchen 136,33 Euro, im RSK 246,84 Euro. Dies seien 80 % mehr. Der Rhein-Sieg-Kreis sei – auch im Interesse der Gebührenzahler – gut beraten, die Kosten für die Papier- und die Wertstofftonnen zu streichen. Der Rhein-Sieg-Kreis erhalte 102 Euro pro Tonne und habe damit Einnahmen von über 3,5 Millionen Euro. Seine Partei werde diesen Gebühren nicht zustimmen.

SkB Nöthen betonte, dass es schon immer das Anliegen seiner Partei gewesen sei, die zu viel gezahlten Gebühren den Gebührenzahlern gutzuschreiben, also im Sonderposten zu belassen, um sie im Notfall einsetzen zu können. Er erkundigte sich, ob noch immer in der Diskussion sei, dass es zu viele Müllverbrennungsanlagen gebe. Hiermit verbunden sei die Frage, ob der Rhein-Sieg-Kreis davon ausgehen könne, seine Abfälle weiterhin über die Bonner Müllverbrennungsanlage zu entsorgen oder ob nach anderen Anlagen gesucht werden müsse. Dies sei schließlich eine Kostenfrage.

Frau Decking erläuterte, dass die Müllverbrennungsanlagen seit Anfang des Jahres überausgelastet seien. Dies liege daran, dass wegen der Einführung einer Deponiesteuer in England - die ihres Wissens 80 Euro pro Tonne betrage: Müll aus England auf den europäischen Markt dränge. Hierdurch würden Gewerbeabfälle verdrängt, die in der Vergangenheit aus Deutschland nach Holland verbracht worden seien und nun wieder hier entsorgt werden müssten. Entsprechend seien die Anlagen voll. Vorteil des Rhein-Sieg-Kreises sei es, dass er über den Zweckverband eine Vereinbarung mit Bonn habe. Durch diese sei gesichert, dass der Rhein-Sieg-Kreis mit seinen gesamten Abfallmengen jederzeit unterkomme, so dass die Abfallentsorgung über den Zweckverband zu 100 % gesichert sei.

Abg. Geske führte aus, dass das Versprechen gehalten worden sei, mit den 19 Millionen Euro die Gebühren stabil zu halten. Aus diesem Grund seien in den vergangenen Jahren auch keine Gebühren für die Wertstoff- und die Papiertonne erhoben worden. Der verbliebene Restbetrag solle eingesetzt werden, um einen Gebührenanstieg zu verhindern. Allerdings sollte nicht, wie jetzt in der FDP gefordert, nur eine Tonnenart subventioniert werden. Der Preis der Tonnen müsse möglichst marktgerecht sein. Es sei nicht richtig so zu tun, als würde eine Tonne keine Kosten verursachen. Dies sei mit der Gebührenbedarfsberechnung für 2016 gelungen. Sie wundere sich, dass die FDP dies anders sehe und Subventionen fordere.

SkB Schön sprach sich dafür aus, die Papiertonne weiterhin zu subventionieren; es handele sich um eine ökologisch wertvolle Maßnahme, während die Wertstofftonne gern missbraucht würde, um günstig zu entsorgen. Es sei vernünftig, dass eine Gebühr genommen werde, damit der Missbrauch zurückgedrängt werde. Weiterhin sei das Abfallwirtschaftskonzept relativ konzeptionslos und ohne Perspektive. Die Ziele der letzten Jahre seien verständlich gewesen, weil man davon ausgegangen sei, die MVA müsse zugemacht werden. Also habe man lieber mehr Müll produziert, um die Auslastung zu gewährleisten. Dies sei durch die Kooperation mit den drei anderen Landkreisen und die veränderte Marktsituation nicht mehr zu befürchten. Das Abfallwirtschaftskonzept sei zu verbessern. Er merkte an, dass gerade in Hinblick auf die Flüchtlingssituation noch viel wertvolles, brauchbares Material im Sperrmüll zerstört werde. Beispielsweise mit dem Technischen Hilfswerk könne vor der Sperrmüllabfuhr alles Verwendbare eingesammelt, zwischengelagert und zur Verfügung gestellt werden.

SkB Smielick merkte hinsichtlich der Papierverwertung an, dass der Rhein-Sieg-Kreis bei 263.000 Haushalten Einnahmen von 1,5 Millionen Euro habe und andererseits einen Verdienst von 3,5 Millionen. Er verstehe nicht, weshalb andere Entsorger die Papier- und die Wertstofftonne kostenlos zur Verfügung stellen könnten.

Abg. Hoffmeister erwiderte, dass es nicht andere Entsorger seien, sondern der vermeintlich der Kreis Altenkirchen. Die Müllentsorgung werde nicht billiger; es gebe zu viel Sperrmüll als Resultat der Spenden für die Flüchtlinge in den Gemeinden. Was die Koalition gesagt habe, sei eingehalten worden: Größere Nähe an den Markt, realitätsnähere Preise, keine höhere Belastung. Keiner könne sagen, wie sich alles entwickeln werde.

Abg. Albrecht erinnerte daran, dass sich seine Partei als einzige im Jahr 2009 dafür ausgesprochen habe, die Trienekens-Millionen direkt sozial gerecht zu verteilen. Die Mehrheit habe sich damals für die Gebührenstabilität entschieden. Auch die SPD wolle, dass die Gebühren künftig stabil blieben. Eine Gebühr für die Wertstoff- und die Papiertonne sei normal, da neben den Erlösen Unkosten entstünden. Gerade die Altpapierpreise seien sehr schwankend. Die SPD begrüße, dass die letzten Millionen in einem Sonderposten verwaltet würden, um die Gebühren auch in den nächsten 3 – 4 Jahren stabil zu halten. Die RSAG und der Rhein-Sieg-Kreis hätten in den letzten Jahren vorausschauende Abfallwirtschaftspolitik betrieben, durch die der Kreis abgesichert dastehe.

SkB Wagner verwies darauf, dass die Gebührenstabilität wie versprochen gewahrt werde. Die tatsächliche Kostenstruktur werde durch die neue Verteilung viel transparenter. Deshalb könne seine Partei der Gebührenbedarfsberechnung zustimmen.

Abg. Josten-Schneider stellte klar, dass man Altenkirchen nicht mit dem Rhein-Sieg-Kreis vergleichen könne. Jeder Betrieb habe eine eigene Kostenrechnung und einen eigenen Kostenapparat. Es sei alles gesagt. Der Sonderposten bleibe bestehen. Es sei wichtig, dass der Bevölkerung gegenüber Wort gehalten worden sei und so solle es weiter gehen.

SkB Schön stellte den Antrag, den Papiermüll aus der Rücklage und nicht aus der allgemeinen Umlage zu finanzieren. Durch Streichung der 5,76 Euro werde die Kostensenkung weitergegeben, die jetzt aus der Rücklage finanziert werde.

SkB Smielick stimmte Frau Josten-Schneider zu, dass man die Preise nicht vergleichen könne. Er erinnere sich, dass immer gesagt worden sei, dass die Gebühren eigentlich im östlichen Rhein-Sieg-Kreis höher sein müssten als in den verdichteten Wohngebieten. Altenkirchen sei ein solcher Landkreis, so dass die Kosten dort höher sein müssten. Dem sei aber nicht so. Das müsse nachdenklich stimmen.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese ließ zunächst über den Zusatzantrag von Herrn Schön abstimmen, die Papiermülltonne kostenfrei zu stellen.